

Resolution des Kreistages Bad Dürkheim zum Erhalt von Landwirtschaft und Weinbau an der Deutschen Weinstraße

Die Gremien der Europäischen Union beraten derzeit über die Entwürfe zur „Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115“ sowie die „Verordnung zur Wiederherstellung der Natur“. Beide betreffen den Landkreis Bad Dürkheim direkt. Große Teile des Landkreises sind geschützt als Teil des Biosphärenreservats Pfälzerwald/Nordvogesen oder unter einer der verschiedenen Verordnungen der Europäischen Union zum Schutz von Flora und Fauna (FFH, Natura 2000; oder ähnliche Vorschriften). Gleichzeitig wird sowohl auf geschützten als auch auf derzeit nicht geschützten Flächen umfangreich Landwirtschaft und Weinbau betrieben.

Der Kreistag des Landkreises Bad Dürkheim stellt vor diesem Hintergrund fest:

Entlang der Weinstraße und im Übergang zum Biosphärenreservat Pfälzer Wald prägt der Wein und der Weinbau, sowie die Landwirtschaft unsere Landschaft und unsere Kultur. Die ganze Region ist in größter Sorge, dass mit diesen Verordnungen unsere Landwirtschaft und unsere Kultur grundlegend in Frage gestellt werden.

Der Entwurf zur Pflanzenschutz-Verordnung sieht ein Verbot für das Einbringen jeglicher fremden Substanzen vor. Das würde auch solche Mittel treffen, die im Ökologischen Weinbau zugelassen und mithin auch bei größter Anstrengung zum Umweltschutz nach dem Stand der Technik unbedingt notwendig sind. Ein undifferenziertes Verbot würde den Winzerinnen und Winzern, sowie Landwirtinnen und Landwirten die Existenzgrundlage rauben. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass den Landwirtinnen und Landwirten und den Winzerinnen und Winzern bei der Ausweisung der Schutzgebiete durch die Politik das Versprechen gemacht wurde, dass eine Bewirtschaftung im Rahmen der „guten fachlichen Praxis“ auch zukünftig möglich ist und es zu keinen Bewirtschaftungseinschränkungen kommen wird. Solch weitreichende Einschränkungen wie die aktuell vorgeschlagenen würden somit massiv den Vertrauensschutz und das Vertrauen in Politik allgemein untergraben. Wir erkennen an, dass die Problematik nun zumindest differenzierter in Brüssel diskutiert wird. Die aktuell kommunizierten Vorschläge reichen jedoch bei weitem nicht aus, den Anbau zu sichern.

Die Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit sind ebenfalls nicht absehbar. Bauern und Landwirte sind aktuell durch eine Vielzahl von neuen Verordnungen und aus eigenem Antrieb dabei ihre Bewirtschaftung nachhaltiger zu gestalten und beispielsweise den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sowohl im konventionellen als auch im ökologischen Anbau zu minimieren. Diese Prozesse sollten unbedingt gemeinsam weiterverfolgt und positiv begleitet werden. Alle sind sich der Verantwortung für Klimaschutz und Biodiversität bewusst – gemeinsam muss hier noch viel erreicht werden. Die Umsetzung des aktuell vorliegenden Vorschlags würde jedoch den beschrittenen Weg beenden, den Anbau nahezu unmöglich machen und unserer landwirtschaftlich geprägten Tourismusregion die Existenzgrundlage entziehen.

Stattdessen muss eine Reduktion in Zusammenarbeit mit den Fachleuten aus der Landwirtschaft erfolgen. Dies erfolgt in deren eigenem Interesse. Der Einsatz moderner Geräte, digital unterstützte Methoden zur Optimierung der Dosierung und auch die Entwicklung neuer Sorten ermöglichen eine Reduktion des Pflanzenschutz-Einsatzes um bis zu 50%, wie sich die Europäische Kommission vorgenommen hat. Für die Umsetzung dieser Strategie verdient die Landwirtschaft die Unterstützung der Politik.

Auch die Entwicklung neuartiger, umweltverträglicher Pflanzenschutzmittel (konventionell und ökologisch) sollte vorrangig erfolgen. Dazu braucht es schnellere und einfachere Zulassungsverfahren, um Alternativen auch schneller verfügbar zu haben. Zulassungsverfahren in der EU dauern aktuell bis zu zehn Jahre.

Zur Wiederherstellung der Natur ist die weitere Stilllegung von Flächen nicht der richtige Weg in die Zukunft. Vor allem muss bedacht werden, dass viele Schutzgebiete ihren Status gerade aufgrund ihrer durch die Landwirtschaft und den Weinbau geschaffenen Kulturlandschaft erhalten haben. Die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung und der Naturschutz müssen Hand in Hand gehen. Ernährungssicherheit ist genauso wichtig wie die Weiterentwicklung der Biodiversität.

Der Kreistag Bad Dürkheim fordert das Europäische Parlament und die Kommission auf, diese Punkte in den Beratungen zu berücksichtigen. Der Kreistag appelliert an die Gesetzgeber von Bund und Land, sich in diesem Sinne bei den Beratungen auf europäischer Ebene einzubringen und die Punkte beim Erlass von nachgelagerten Vorschriften zu berücksichtigen.

Des Weiteren fordert der Kreistag Bad Dürkheim, dass die Erzeugung aller importierten Landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach den gleichen gesetzlichen und ökologischen Standards der Europäischen Union erfolgen müssen.